

## **Antrag**

**der Abgeordneten Thomas Reich, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,  
Krzysztof Walczak, Olga Petersen und Marco Schulz (AfD)**

**Betr.: Unterstützung eines Pilotprojektes zur Bergung von Munitionsaltlasten  
und chemischen Kampfstoffen in Nord- und Ostsee**

In Nord- und Ostsee verrotten Hunderte Tonnen Kriegsmunition auf dem Meeresgrund. Dort liegen 1,6 Millionen Tonnen konventionelle Munition aus dem Zweiten Weltkrieg. Dazu kommen Tausende Tonnen chemischer Kampfstoffe. Außerdem wurde weißer Phosphor im Ersten und Zweiten Weltkrieg häufig als Brandmunition in Bomben eingesetzt. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs veranlasste die alliierte Übergangsregierung, große Mengen an Munition in der Nord- und Ostsee größtenteils in direkter Küstennähe zu versenken.<sup>1</sup>

Auch 76 Jahre nach Kriegsende kommt es hierdurch immer noch zu Schadensfällen, da die meisten munitionsbelasteten Gebiete in der Nord- und Ostsee bisher nicht saniert worden sind. Ein gravierender Unfallschwerpunkt liegt im Strandbereich der Ostsee-Inseln, wo weißer Phosphor besonders nach Stürmen regelmäßig angeschwemmt wird und als vermeintlicher Bernstein zu schweren Verbrennungen bei Sammlern führt. Unterwassersprengungen im Meer wirken sich tödlich auf den Fischbestand aus.<sup>2</sup>

Die verstärkte Erschließung der Meere für Windparks und die Förderung von Erdgas sowie die Verlegung von Kabeln und Pipelines auf dem Meeresgrund sind aufgrund der Munitionslager hochgradig gefährlich.

Die Landesregierung Schleswig-Holsteins unterstützt auf Bundesebene ein Pilotprojekt, das die Bergung dieser gefährlichen Altlasten anschiebt beziehungsweise unterstützt und geht dabei von Kosten in Höhe von circa 100 Millionen Euro aus.

Die Nord- und die Ostsee sind von ökologisch herausragender Bedeutung. Gleiches gilt für den Tourismus und als Verkehrsstraße. Ost- sowie Nordsee haben sich zum Naherholungsgebiet in der unmittelbaren Nachbarschaft für viele Hamburger entwickelt und die jüngsten zwei Jahre haben diesen Status in Zeiten von Corona sogar noch einmal verfestigt.

Hamburg sollte daher Schleswig-Holstein in dieser Initiative massiv unterstützen und in Gespräche mit der Landesregierung Schleswig-Holstein eintreten.

---

<sup>1</sup> <https://emag.abendblatt.de/titles/hahamburgharburg/10771/publications/873/articles/1478286/12/2> und <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/weltkriegsmunition-in-nordsee-und-ostsee-zeitzuender-am-meeresboden-a-206a6a36-844f-4d31-b399-182c2ac6a0c1>.

<sup>2</sup> <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/sprengungen-in-der-ostsee-druckwellen-werden-fuer-schweinswale-zur-toedlichen-gefahr-a-9d8007e6-589f-45d9-8c94-1f06d7a1b805>.

**Die Hamburger Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Hamburger Senat wird aufgefordert,**

1. bezüglich der Unterstützung der Landesregierung von Schleswig-Holstein bei der Durchführung und Unterstützung eines Pilotprojektes zur Bergung von chemischen Kampfstoffen in Nord- und Ostsee das Gespräch zu suchen,
2. eventuelle Bundesratsinitiativen des Landes Schleswig-Holstein oder Niedersachsen im Bundesrat aktiv zu unterstützen,
3. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2022 zu berichten.